

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postsendung ohne Bestellgebühr monatlich 2,- M. bei Zustellung unter Straßband 2,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Konterrevolution in Ungarn.

Bukarest, 5. August. (H. N.)

Der rumänische Heeresbericht meldet: Heeresbericht vom 4. August. Ostfront: Aus strategischen Gründen wurde heute die Besetzung von Budapest durch unsere Truppen durchgeführt, somit wird ganz Ungarn von uns besetzt und als Besatzungsgebiet betrachtet.

Der vorstehende rumänische Heeresbericht ist bezeichnend für den Siegesübermut, den die rumänischen Machthaber jetzt zur Schau tragen. Entgegen allen Vereinbarungen und unter Bruch des gegebenen Versprechens sind die Rumänen in Budapest einmarchiert und haben von der Stadt Besitz ergriffen. Ganz Ungarn wird zugleich als besetztes Gebiet erklärt, über das die Rumänen anscheinend frei zu verfügen gedenken. Jetzt, wo ihnen kein Widerstand mehr droht, und das wehrlose erschöpfte Land vor ihnen liegt, haben die rumänischen Gewalttäter ihre alten Eroberungsziele zu verwirklichen, indem sie die Entente vor die vollendete Tatsache der Besetzung auch solcher Gebietsteile Ungarns stellen wollen, die ihnen bisher in Versailles nicht zugesprochen worden sind.

Hand in Hand mit dieser Wiederaufhebung des rumänischen Imperialismus, dem nationalistische Tendenzen zugrunde liegen, geht der Angriff der Rumänen gegen das auf eine höhere soziale Stufe gestellte neue Ungarn. Die rumänische Vojarenlaste, die das eigene Volk in den Fesseln des Feudalismus und der politischen Rechtslosigkeit schmachtet, hat nicht nur das sozialistische, sondern auch das demokratische Ungarn, das den Großgrundbesitz zerlegt und dadurch eine radikale Agrarreform auch in Rumänien ablehnt. Das ist der Hauptberührungspunkt zwischen den rumänischen Vojaren und den ungarischen Magnaten, die sich um die Szegediner Regenerierung gruppieren. Mit Hilfe der rumänischen Gendarmen suchen die ungarischen Grafen ihre politische und wirtschaftliche Vorherrschaft wieder zu gewinnen. Sie, diese großen Patrioten, rufen den bisher als „Erbsfeind“ vertriebenen rumänischen Eroberer ins Land, um mit seiner Hilfe die Bauern und Arbeiter in Fesseln schlagen zu können. Sie geben sich schon jetzt den ausschweifendsten Hoffnungen hin und glauben, leichtes Spiel mit den wehrlosen, erschöpften Volksmassen haben zu können. Auch sie rechnen darauf, die Entente vor „vollendete Tatsachen“ stellen zu können, und mit ihrer eigenen Herrschaft auch die Monarchie wieder aufzurichten. Sie rechnen darauf, daß die Entente ihrem reaktionären Vorhaben nicht hinderlich sein werde, ja es scheint sogar, daß gewisse militärische Kreise der Entente ihren bei ihrem gegenrevolutionären Vorkühnheiten Hand leisten. Wenn die Entente sich auf diesen Weg locken lassen, so treiben sie ein gefährliches Spiel. Sie übernehmen die Verantwortung für neue Konflikte, die zwischen den Völkern Südosteuropas entbrennen würden, und sie werden vor der Welt und vor der Geschichte als die Schuldigen dastehen für den blutigen Bürgerkrieg, der als Folge der jetzt eingeleiteten verbrecherischen Konterrevolution unumkehrbar in Unruhen ausbrechen würde.

Die Rumänen in Budapest.

T. U. Wien, 5. August.

Gestern abend rückten, wie der Telegraphen-Union gemeldet wird, 30 000 Rumänen mit klingendem Spiel in Budapest ein. Die öffentlichen Gebäude wurden besetzt und alle Kraftwagen requiriert. Es werden 2500 Franzosen erwartet. Der rumänische Vormarsch hat die Lebensmittelversorgung der ungarischen Hauptstadt fast unmöglich gemacht.

Wien, 5. August. (H. N.)

Die Wiener Mittagspost meldet aus Budapest 9.30 Uhr vormittags: Die Stadt ist vollkommen ruhig. Die Geschäftsleute gehen ihrem Berufe nach. Es sind nur wenige rumänische Soldaten in den Straßen zu sehen. Der Generalkommandeur der rumänischen Truppen, General Mardarescu teilt mit, daß die Besetzung der Hauptstadt von rumänischer Seite als unerlässlich gehalten worden sei. Zum Stadtkommandanten der Budapest Besatzungstruppen wurde General Holban ernannt. Die Besetzung wurde vorläufig durch drei Divisionen vorgenommen. Sofort nach dem Einmarsch der Truppen wurde die Besetzung der beiden Telephonzentralen, der Hauptpost und der Bahnhöfe vorgenommen. Auch die Eisenbahnbrücke wurde besetzt und kein Zug mehr über die Brücke gelassen. Daher wurde auch der Zug nach Wien zurückgehalten. Im Laufe der Nacht postierte nur ein Zug, in dem sich ein rumänischer General mit mehreren englischen Offizieren befand, die Brücke.

Bukarest, 5. August.

Das rumänische Pressebureau meldet: König Ferdinand ist heute nach Budapest abgereist. In seinem Empfang wurden auf der ganzen Strecke große Vorbereitungen getroffen.

Bukarest, 5. August. (H. N.)

Die Agentur Dacia meldet aus Arad: General Franche ist heute hier einetroffen und wird von hier aus

alle weiteren Verhandlungen mit der ungarischen Regierung führen. Einer Gruppe von Journalisten gegenüber erklärte der General, Frankreich würdige das Verholten Rumäniens, es wünsche und unterstütze dessen Unabhängigkeit. Kein einziger Rumäne dürfe außerhalb der Grenzen Rumäniens bleiben. Weiter erklärte der General, daß zwischen Rumänien und Ungarn eine neue Demarkationslinie bestimmt werde.

Die Entente und Ungarn.

Budapest, 5. August.

Nach einer Meldung des ungarischen Corr.-Bureaus hat der Chef der Budapest Rijn, Oberstleutnant Romanelli, am 3. August eine Note an die ungarische Regierung gerichtet, in der er mit Rücksicht darauf, daß der neuen ungarischen Regierung zur Sicherung der Ruhe und öffentlichen Ordnung jetzt die rumänischen Truppen zur Verfügung ständen, verlangt: 1. Die ungarische Armee auf die im Waffenstillstandsvertrag vom 13. November 1918 festgesetzte Stärke zu bringen und in entsprechenden Friedensstandorten unterzubringen, 2. die Zivilbevölkerung der Hauptstadt und des ganzen Landes zur Abgabe aller Schusswaffen, außer Jagdgewehren, von Munition, Handgranaten und Sprengmitteln aufzufordern, und 3. die Umgestaltung und Entwaffnung der Roten Armee cheftens in Angriff zu nehmen.

Wien, 5. August.

Die Mäler melden, daß 2500 Mann französische Truppen von der Szegediner Front in Budapest einmarchierten werden. Die tschechisch-slowakische Armee sei gestern über die Demarkationslinie vorgerückt, sie sei mit schwachen Kräften im Anmarsch auf Budapest. Nach Meldung der „Neuen Freien Presse“ seien bereits englische Truppen von Fiume unterwegs nach Budapest, um an der Besetzung der Hauptstadt teilzunehmen.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet, daß zur Sicherung eines einseitigen Vorgehens der Regierung angesichts der schwierigen Lage in Budapest ein dreigliedriges Direktorium aus zwei bürgerlichen und einem sozialistischen Mitglieder werde gebildet werden.

Die Neuordnung in Budapest.

Wien, 5. August.

Die „Wiener Mittagszeitung“ meldet aus Budapest, 9.20 Uhr vormittags: Mit dem heutigen Tage wurde die von der Vaterregierung verhängte Sozialisierung der Häuser außer Kraft gesetzt. Die Mietszinsen sind vom 1. September an weiter zu bezahlen. Gerichts- und Staatsanwälte amtieren wieder. Die Pressefreiheit auf der ganzen Linie ist wieder eingeführt worden. Jegliche Requisition von Wohnungen, Einquartierungen und jede auf Wohnungsnachforschung gerichtete Verfügung ist verboten worden.

Eintägiger Generalstreik in Triest.

Frankfurt a. M., 5. August.

Die „Frankfurter Zeitung“ erzählt aus Lugano: Nach Meldung des Secolo es in Triest zu schweren Zusammenstößen zwischen Carabinieri und einer Volksmenge, wobei infolge von Schüssen auf beiden Seiten mehrere Opfer fielen. Ursache und Zusammenhang gehen aus der Meldung nicht klar hervor. Die Arbeiterschaft setzte zum Protest einen eintägigen Generalstreik ins Werk. Die Schule und die Vereinslokale der Slowenen sowie die Redaktionsräume des slowenischen und italienischen Sozialistenblattes wurden während der Unruhen angegriffen.

Die italienischen Sozialisten gegen den Friedensvertrag.

Wie der „Avanti“, das Organ der italienischen Sozialisten, mitteilt, hat unter den sozialistischen Abgeordneten des italienischen Parlamentes ein erster Meinungsaustrich über den Friedensvertrag stattgefunden. Hierbei wurde beschlossen, gegen die Ratifikation zu stimmen. Es wurde in der Sitzung eine Kommission bestellt, die die Haltung der Partei im Verlaufe der Diskussion über den Friedensvertrag in der Kammer im einzelnen festlegen soll. Dieser Kommission gehören an: Turati, Treves, Modigliani, Graziadi und Casalini.

Judenpogrome in der Ukraine.

Amsterdam, 5. August.

Laut „Telegraaf“ meldet der Korrespondent der „Times“ in Warschau furchtbare Einzelheiten über große Judenpogrome in der Ukraine. Die gegen die kommunistischen Kommissare Erbitterten nahmen den Anlaß, unter der jüdischen Bevölkerung zu marodieren und zu plündern. Sie tragen Binden mit der Aufschrift „Tod den Juden“, „Rettet Rußland“. In Schitomir sollen 1200 Juden, in Kasatin 600, in Feldstin (?) 900, in Kasow und Bergischew 2000 Juden ermordet worden sein.

Der Friedensfühler von 1915.

Von Otto Lehmann-Rußbüldt.

In der „Freiheit“ vom Sonntag, den 3. August, war aus den jetzt im Verlag Neues Vaterland veröffentlichten Reden Hugo Haase's, die er während der Kriegszeit gehalten hat, erwähnt, daß bereits im Frühjahr 1915 eine Möglichkeit des Friedens bestanden habe. Der Sekretär des Bundes Neues Vaterland gibt uns hierzu nachstehende ausführlichere Darstellung. Die Schriftleitung.

Die Aufdeckung der durch die Alldeutschen verhinderten Friedensmöglichkeit vom September 1917 löste automatisch bei allen, die noch menschlich fühlen können, die leidenschaftliche Vorstellung aus; wie viele Hunderttausende, ja Millionen deutscher, englischer, französischer, amerikanischer usw. Kameraden würden heute ihren Angehörigen erhalten geblieben sein, wenn die deutsche Staatskunst wenigstens die Fähigkeit bewiesen hätte, die man selbst von einem simplen Krämer erwartet, der in einen aussichtslosen Prozeß verwickelt ist. Man kann aber die schmerzvolle Perspektive, die darin liegt, daß der Frieden schon vor zwei Jahren möglich war, noch viel mehr erweitern. Abgesehen von der Möglichkeit des Friedens am die Wende des Jahres 1916/17 herum, die dann durch die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges zertrümmert wurde, und die noch nicht, wie die Affäre vom September 1917 durch Veröffentlichung der amtlichen Dokumente in voller Öffentlichkeit klargestellt ist, soll hier auch einmal recht nachdrücklich hingewiesen werden, darauf, daß bereits im Frühjahr 1915 eine Möglichkeit des Friedens über England vorlag, die in derselben Weise durch Deutschland entzweitgeschlagen wurde, wie im September 1917. Es handelt sich um die schon des Öfteren in der Öffentlichkeit deutungsweise gestreifte Affäre der Begegnung von deutschen und englischen Pazifisten im Haag, Anfang April 1915.

Nachdem der Bund Neues Vaterland sich im Herbst 1915 ähnlich wie die ungefähr zu gleicher Zeit ins Leben getretene Union of democratic Control in England als eine Vereinigung von entschiedenen Friedensfreunden aus allen Parteien gegründet hatte, verfaßte auf Grund zeitgenössischer Veröffentlichungen und auf Grund von Mitteilungen eines früheren deutschen Konsuls in Belgrad und eines früheren deutschen diplomatischen Geschäftsträgers in Paris der Bund Neues Vaterland im März 1915 durch Ernst Neuter eine Denkschrift, die die Bülowsche Politik beleuchtete, und in der das alles vorausgesagt wurde, was jetzt allmählich in Veröffentlichungen oder durch die Tatsache des Zusammenbruchs Deutschlands ans Tageslicht tritt. Durch diese Denkschrift wurden auch die einer Verändigung geneigt gestimmten Kreise des Auswärtigen Amtes auf die Absichten des Bundes Neues Vaterland aufmerksam und erleichterten dem Bund die Möglichkeit, sich im April 1915 zu einer Zusammenkunft mit Pazifisten anderer Länder nach dem Haag zu begeben, wozu der holländischen Anti-Dorlog-Raad eingeladen hatte, der gleichermäße wie der Bund Neues Vaterland und die englische Union of democratic Control entstanden und organisiert worden war. Der B. N. V. hatte als Bedingung zur Zusammenkunft festgelegt, daß von den Pazifisten der feindlichen Länder mindestens ein Land vertreten sein müsse. Das wurde auch ausdrücklich für England zugelegt. Inzwischen fanden sich dann ein belgische, schweizerische und skandinavische Friedensfreunde.

Die Verhandlungen fanden vom 7. bis 10. April im Haag statt. Man beschäftigte sich in der Form einer wissenschaftlichen Konferenz mit den völkerrechtlichen Fragen und Problemen und einigte sich auf Formeln, die schon immer vom wissenschaftlichen Pazifismus vertreten waren, der jetzt im Völkerverbündungsdenken mehr und mehr Fleisch und Blut annimmt. Von deutscher Seite waren vertreten: Kurt von Tepper-Laski als Vorsitzender und Prof. Walter Schüding und Otto Lehmann-Rußbüldt als Mitglieder des B. N. V.; letzterer als Sekretär desselben. Ferner waren andere deutsche pazifistische Organisationen anwesend, Prof. Quilcke und Rudolf Goldscheid für Oesterreich und der Prälat des Papstes Siegwain aus Budapest.

Schon in den ersten fünf Minuten — buchstäblich — der gegenseitigen Begrüßung bot der Vorsitzende des Anti-Dorlog-Raad, der Generalsekretär des holländischen Justizministeriums Dr. Dresselhuys die Herren von Tepper und Schüding zu einer privaten Besprechung beiseite, und eröffnete ihnen in dieser ausführlich, daß bereits zweimal Engländer von politischem Rang durch ihn in Deutschland, um über Friedensmöglichkeiten zu diskutieren. Er erklärte, daß er den beiden Herren nicht alles darüber mitteilen könnte, was er zu sagen habe, daß er aber bereit sei, nach Berlin zu kommen, wenn er durch ein Telegramm erfahren würde, daß man seinem Besuche entgegenkäme. Er küssierte seine Hand

Der maßgebenden englischen politischen Kreise dahin, daß der Vertrag auf Belgien die unerlässliche Vorbedingung für Verhandlungen sei, daß andererseits Deutschland seine Kolonien erhalten solle, daß England zum Entgegenkommen bereit sei, die elbisch-ostpreussische Frage hätte damals noch keinen Differenzpunkt gebildet. Außerdem entspannen sich zwischen dem deutschen Herrn und dem anwesenden Engländer, einem Staatsrechtslehrer aus Cambridge und einem Unterhausmitglied von der Gruppe der Quäker Gespräche, in denen alles das bestätigt wurde, was Dr. Dresselhaus mitgeteilt hatte.

Der Bund Neues Vaterland gab sofort seinen Vertrauensmännern im Auswärtigen Amt Bericht über diese Vorgänge. Herr Prof. Schäding verfasste darüber eine Denkschrift, die noch heute in den Akten des Auswärtigen Amtes schlummert.

Der Ausgang der Sache war der: Das Auswärtige Amt lehnte es ohne jede Motivierung ab, Herrn Dr. Dresselhaus in Berlin auch nur inoffiziell anzuhören. Zweimal, am 24. April und am 5. Juni 1915 veröffentlichte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ energische Dementis englischer Friedensbestrebungen. Daraufhin richtete Kurt von Tepper-Laski am 8. Juni 1915 einen Brief an die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, in dem er die erwünschten Umstände mit voller Namensnennung aller Beteiligten zur Sprache brachte. Der Brief wurde zwar nicht abgedruckt, wurde aber bei den politischen Parteiführern und auch im Ausland durch die „Verner Logen“ bekannt. Erfolg: die einsehende Gehe der alldeutschen Kreise gegen den B. N. V. wegen Landes- und Hochoverrat mit Verhaftungen, Beschlagnahmen und Abwägung der Tätigkeit des Bundes.

Wenn man die Affäre im ganzen überblickt, so muß man sein Augenmerk auf zwei Punkte als die wesentlichen richten:

1. daß die deutschen Pazifisten nicht etwa aus ihrer Friedensgesinnung heraus den Holländern und Engländern bei der Begegnung im April 1915 im Haag auf die Brust Inletten und allerlei vage Möglichkeiten aus ihnen herausholten, sondern daß die Deutschen zu ihrer eigenen Ueberzeugung fertig abgerundete Tatsachen vorfanden;

2. daß das Auswärtige Amt auch nur die Anhörung der Eröffnungen des Dr. Dresselhaus ablehnte, obgleich die deutsche Politik sich dadurch ja in keiner Weise eine Wölbe geben konnte, daß ihr die Engländer einen Mittelsmann ins Haus schickten.

Daß man Dr. Dresselhaus als einen ernst zu nehmenden Mittelsmann ansah, ergibt sich daraus, daß man in den ersten kritischen Tagen des Oktober 1918, als die Oberste Seeresleitung noch mehr als die Reichsregierung selbst zum schleunigen Frieden drängte, ihn in Berlin empfangen hat.

Der Friede der obigen Ausführungen, die durchaus nicht erschöpfend sein können, ist der: die Deffentlichkeit dafür flottzumachen, daß eine volle Klarstellung dieser Affäre verlangt wird. Denn auch hier steht im Hintergrund die Erwägung, wie viele Millionen blühender Menschen dem Leben erhalten sein könnten, wenn die deutsche Staatskunst die elementarsten Regeln des Umgangs mit Menschen auch für die Politik befolgt hätte.

Kassenjammer.

Im neuesten Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ beschäftigt sich Heinrich Weus mit der Frage, ob die Politik des 4. August richtig gewesen sei. Er sagt folgendes darüber:

Man kann jetzt vielfach der Behauptung begegnen, der Friede von Versailles sei die stärkste Rechtfertigung für die Haltung der Reichssozialisten, die eben deshalb zu ihrem Land gehalten hätten, weil sie diesen Frieden vorausgesehen hätten. Diese Behauptung kann ich nicht anerkennen. Der Versailler Friede ist für uns Deutsche und für die Sozialisten der ganzen Welt der denkbar stärkste Zusammenbruch. Wer den Zusammenbruch sah, der durfte nicht vier Jahre lang und länger Krieg führen, der mußte schon sofort nach dem Verlust der Marne-Schlacht im September 1914 mit allergrößter Energie zum Frieden drängen. Denn das ist klar: Wenn der Krieg zu dem bitteren Ende von 1918 führen mußte, dann war es besser ihn so schnell wie möglich zu einem (wie immer auch gearteten) Abbruch zu bringen. Es ist also sinnlos, daß diejenigen, die die Kreditbewilligung verweigerten, sich mit ihrer angeblichen Voraussicht brühten. Diese Voraussicht war eben nicht da. Die Wahrheit ist vielmehr, daß man in unserer Partei zu allem, in autoritärem Vertrauen auf die Fortschrittlichkeit unseres Militärsystems, an den Sieg der Mittelmächte glaubte. Aber auch das andere Argument, das jetzt angeführt wird: wir hätten die Kreditbewilligung müssen, um den drohenden Gewaltfrieden der Entente abzuwenden, beweist eine merkwürdige Verblendung. Hat denn die Kreditbewilligung diesen Erfolg gehabt? Wir haben doch die Kredite bewilligt, und der Zusammenbruch ist doch erfolgt. Die Unabhängigen können jetzt der alten Partei sagen: Ihr habt mit eurer Politik des 4. August ja die Probe auf das Exempel gemacht; und diese ist genau so ausgefallen, wie wir Unabhängige es stets vorausgesagt haben: sie hat zum Zusammenbruch des deutschen Volkes geführt. Nun können ja freilich die Unabhängigen nicht beweisen, daß ihre eigene Politik, wenn sie durchgeführt worden wäre, diesen Zusammenbruch verhindert hätte. Aber sie können sich eben darauf berufen, daß bei ihnen die Probe nicht gemacht, der Beweis gegen sie also nicht geliefert worden ist. Und sie können ferner behaupten: selbst wenn unsere Politik dasselbe katastrophale Ergebnis gebracht hätte wie die faktisch betriebene zurige, so wäre der Zusammenbruch eben einige Jahre früher erfolgt; und das allein wäre schon ein gewaltiger Vorteil gewesen. In der Tat: Wer gäbe nicht alles darum, wenn die letzten drei Kriegsjahre und erspart geblieben wären? Auch hätte ein Gewaltfrieden vor drei Jahren nicht entfernt so schwer sein können wie jetzt, da eben die Bestrebungen dreier Jahre nicht eingewirkt gewesen wären.

Weus führt dann aus, daß keine Partei nicht weitfüchtig genug und auch nicht willens gewesen sei, eine eigene, selbständige Politik zu treiben und die Regierung zu ihr zu zwingen; daher sei die Politik des 4. August, wie die offizielle Partei sie verstand, ein schlimmer Irrtum und von unheimlichen Folgen begleitet gewesen. Weus meint weiter, daß die Politik der Unabhängigen Sozialdemokraten darum doch nicht richtig gewesen sei, aber daß Zugeständnis macht er uns, daß ihr grundsätzlicher Protest gegen die Fortsetzung des Krieges, wie er nun einmal geführt wurde, sich als begründet erwiesen

hat. Jedoch behauptet er, daß wir nur im negativen Recht behalten hätten, im Positiven seien wir genau so unstrafbar gewesen, wie die alte Partei.

Was hier Weus sagt, ist eine Wiederholung des alten Irrtums, daß die Kritik etwas Negatives vorstelle. Das Gegenteil ist richtig. Jede Kritik ist dann schöpferisch, wenn sie das Befehlende verwirft und den Beginn des Weges zum Neuen aufzeigt. Unsere Kritik der Kriegspolitik hat sich von Anfang bis zu Ende als richtig erwiesen; der Krieg war kein Verteilungskrieg, sondern ein Eroberungskrieg; er sollte nicht die Landesgrenzen schützen, sondern nach dem Willen der Regierung und der hinter ihr stehenden kapitalistischen Kreise Deutschland zum beherrschenden Weltstaat machen. Die rechtzeitige Beendigung des Krieges scheiterte an den annexionsistischen Forderungen der deutschen Kriegstreiber. Die Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse war also ohne weiteres gegeben: sie mußte zu den herrschenden Klassen in die härteste Kampfstellung treten, sie mußte jede Teilnahme an der Kriegspolitik ablehnen, sie mußte so schnell wie möglich die Verbindung mit der Arbeiterklasse der anderen Länder wieder herzustellen suchen, und so die Weiterführung des Krieges unmöglich machen. Dadurch wurde nicht die deutsche Niederlage angestrebt, sondern die Vorbedingung geschaffen zu einem Abbruch des Krieges, zu einem Frieden der Verständigung. Das alles haben wir während des ganzen Krieges hindurch gesagt und geschrieben, und das soll nur „negative Arbeit“ gewesen sein?

Die Rechtssozialisten dagegen haben auf das Glück der deutschen Waffen vertraut, sie gaben sich blindlings den Versicherungen der deutschen Kriegführung hin, daß der Krieg nur mit einem deutschen Siege enden könne, sie stellten sich hinter die Regierung, selbst als der Annexionscharakter der deutschen Kriegspolitik längst feststand, sie gaben jede selbständige proletarische, sozialistische Politik auf und wurden zum Anhängel der bürgerlichen Parteien, sie bewilligten schließlich der Kriegsregierung bis zum bitteren Ende alle Mittel, kurzum, sie übernahmen voll auf die Verantwortung für den Krieg, sie hatten deshalb auch die Verantwortung für den Gewaltfrieden zu übernehmen, dem sich Deutschland unterwerfen mußte.

Der Artikel des Herrn Weus beweist, daß in die Reihen der Rechtssozialisten der Kassenjammer eingeleitet ist. Ein kleiner Teil ihrer Wortführer beginnt einzufehen, welche Schuld ihre Partei auf sich geladen hat; aber um diese Schuld kleiner erscheinen zu lassen, wollen sie auch uns mit verantwortlich dafür machen. Das wird ihnen nicht gelingen. Die Tatsachen beweisen zu deutlich, daß die Unabhängige Sozialdemokratie während des ganzen Krieges durch ihre Stellung gegen den Krieg die Interessen der werktätigen Bevölkerung trotz aller Drangsalierungen und Verfolgungen wahrgenommen hat, und immer größere Massen des Proletariats wenden sich uns zu, weil sie erkannt haben, daß sie während des Krieges nicht nur von der Regierung und von den bürgerlichen Parteien, sondern auch von den Rechtssozialisten belogen und betrogen worden sind.

Keine Gemein'schaft.

Der „Vorwärts“ brachte am Dienstag morgen eine Meldung aus Duzern, wonach Genosse Hilferding als Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie ausgeführt habe, daß die unabhängige Sozialdemokratie nur dann der Internationale angehören könne, wenn in dieser kein Raum für die Rechtssozialisten sei. Wenn diese Meldung zutrifft, was wir vorläufig noch nicht feststellen können, so hat Genosse Hilferding die Ansicht ausgesprochen, die in einer gemeinsamen Sitzung der Zeitung unserer Partei mit dem Beirat und der Kontrollkommission einstimmig zum Ausdruck gekommen ist. In der Tat würde es kein Klassenbewußter Arbeiter verstehen können, wenn die Vertreter unserer Partei sich mit Leuten in einer Organisation treffen können, die einen Kasse, einen Heine, einen David zu ihren Gesinnungsgenossen zählt. Es kommt nicht auf den Namen einer Partei an, sondern auf ihre Taten. Was aber die Rechtssozialisten während des Krieges und während der Revolution getan haben, das widerspricht so allen Interessen der Arbeiterklasse, daß man es ehrerbietenden Vertretern des Proletariats nicht zumuten kann, sich mit dieser Partei in der Internationale zu treffen.

In seiner Dienstag-Abendansage nimmt der „Vorwärts“ diese Meldung zum Anlaß, um gegen die unabhängige Sozialdemokratie den Vorwurf zu erheben, daß sie aus rein imperialistischen und parteitaktischen Erwägungen die Internationale haben drängen wollte, über die Rechtssozialisten den großen Kirchentag auszusprechen. Das Blatt beruft sich darauf, daß nach der Revolution unsere Genossen mit den Rechtssozialisten zusammen eine Regierung gebildet hätten, und sagt weiter, daß das jetzige Verlangen nach dem Ausschluß der Rechtssozialisten aus der Internationale nur einem taktischen Augenblicksbedürfnis entspringe. Das ist nicht ganz richtig. In den ersten Tagen der Revolution, als den Rechtssozialisten der Schreck über den Aufstand der Arbeiterschaft in alle Glieder gefahren war, hatte es den Anschein, als ob die Scheidemannier sich auf ihre sozialistische Vergangenheit besinnen und gemeinsam mit uns an der Verwirklichung des Sozialismus arbeiten wollten. Bald aber zeigte es sich, daß die Rechtssozialisten die Revolution nicht ihrem Ziele zuführen, sondern sie sabotieren wollten. Daher waren unsere Genossen gezwungen, so schnell wie möglich die Zusammenarbeit mit diesen Leuten zu beenden.

Das Blatt behauptet ferner, daß die Internationale ewig eine Versammlung ohnmächtiger Oppositionspolster bleiben werde, wenn sie jede sozialistische Partei ausschließen wollte, die sich mit Macht und Verantwortung bedeckt habe. Der Wille der Arbeiterklasse schreibe ihr den Weg zur Macht vor. Das wäre richtig, wenn die Rechtssozialisten wirklich den Willen zur Macht hätten. Aber sie haben die Verantwortung für die Kriegspolitik mit übernommen, sie tragen die Hauptverantwortung für die arbeitserfindliche Politik der jetzigen Regierung, sie haben sich wirklich bedeckt mit der Schande des ewigen Belagerungsstandes, der Tausende von Jahren von Gefängnis- und Zuchthausstrafen gegen revolutionäre Arbeiter, der Einkerkelung von zahllosen Proletariern in die gefesselte Schutzhäft, der Wiederaufrichtung des Militarismus. Sie sind nicht den Weg der Macht gegangen, sondern sie haben die deutsche Arbeiterschaft auf den Weg zur Ohnmacht gestochen.

Die Haltung der unabhängigen Sozialdemokratie kann

nur dem unverständlich und schwankend erscheinen, der selbst keine Grundlage hat und keine Politik auf der schwankenden Grundlage des bürgerlichen Wohlwollens aufbaut. Die Arbeiter, die vom „Vorwärts“ jetzt als Bestenbete beschimpft werden, verstehen unsere gräßliche Haltung, und wenn der „Vorwärts“ einen Fluch hört, der gegen seine Partei ausgehoben wird, so kommt er nur aus den Reihen des Proletariats, das sich von der rechtssozialistischen Partei verraten sieht.

Das deutsche Doppelspiel im Osten.

Die deutsche Regierung ist von der Entente verurteilt worden, nurland bis zum 20. August zu räumen. Man sollte nun meinen, daß die Regierung alles daran setze würde, um die Truppen und das Material so schnell wie möglich zurückzubehalten. Aber weit gefehlt! Nicht nur Rücktransport erfolgt, sondern der Aufmarsch von Geschützen, Kriegsmaterial und Truppen wird eifrig fortgesetzt. So wird uns aus Hendebrugg vom 2. August berichtet, daß in der Richtung Tilsit—Langszargen—Schaulen noch längere große Militärtransportzüge mit Fahrzeugen, Geschützen und anderem Kriegsmaterial nach dem Osten rollen. Die Transportzüge haben meist eine Stärke von 100 bis 120 Waggons und es ist daraus zu ersehen, welche ungeheuren Mengen an Kriegsmaterial in Russland aufgestaut werden.

Die ostpreussische Bevölkerung ist über die Vorgänge deren Augenzeuge sie täglich und stündlich ist, äußerst unruhig, und das um so mehr, als die Beobachtungen der Bevölkerung im schroffen Widerspruch mit den Erklärungen der Regierung stehen, die nicht müde wird, zu versichern, daß die Transporte eingestellt würden. Die Bevölkerung legt sich daher, daß sie entweder von den amtlichen Stellen täuschlich getäuscht wird, oder daß die Regierung selber nicht weiß, was im Osten vorgeht. Die andauernden Transporte müssen die Bevölkerung um so mehr empören, als in Ostpreußen eine ganze Anzahl von Betrieben, vor allem Ziegeleien, stillgelegt werden mußte, angeblich weil kein Wagenmaterial für den Abtransport von Kohlen vorhanden sei. Für den Transport von Kriegsmaterial an die ostpreussischen Barone hingegen stehen Wagen über Wagen zur Verfügung.

Auch dem Werbeamt wird trotz aller opportunistischen Versicherungen der Regierung noch kein Erfolg gemacht. In den Zeitungen erscheinen jetzt Annoncen, die in unauffälliger Form für die Ansiedlung im Baltikum Stimmung machen. Wer sich daraufhin meldet, bekommt von der Werbestelle des Oberkommandos in Nord-Berlin-Wilmersdorf, ein Schreiben, in dem ihm einandergefeht wird, daß für die Ansiedlung in Russland nur diejenigen Reichsangehörigen in Frage kommen, die bereit sind, mit der Waffe in der Hand gegen die „Volschewisten“ zu kämpfen. Nach Abschluß der Kämpfe sollen die Angeworbenen dann das Recht zur Ansiedlung in Russland erhalten. Daneben treiben auch die Werbestellen, allen Versicherungen der Regierung zum Trotz, ihr Unwesen weiter. So berichtet die in Tilsit erscheinende rechtssozialistische „Vollstimme“, daß der gestellte der städtischen Leihbibliothek in Tilsit, Herr Dr. Wilhelm Johans, die Stadtbibliothek in ein Werbebureau umgewandelt hat, die Bibliothek völlig verschlammte und sich dafür um so eifriger der Anwerbung von Freiwilligen für das Detachement Graf Keller hingibt. Das Blatt schreibt darüber im einzelnen:

Am 1. August erschien vormittags um 11 Uhr ein „Reichshof“ wohnender Offizier mit der Frage in der Stadtbibliothek, ob hier die Werbestelle für das Detachement Graf Keller sei. Diese Frage wurde ihm, da der Werbestellungsbeamte gerade abwesend war, durch eine Dame beantwortet. Nach dem Gespräch hätte, konnte sich von der Wahrheit dieser Angelegenheit durch einen Blick auf die Bedingungen, unter denen die Aufnahme in das Detachement von Keller erfolgt, überzeugen. Sie wurden 8. 8. sieben Soldaten und einige Zivilisten, die um einviertel Zwölf Uhr kamen, um sich anwerben zu lassen, ausgehändigt. Inzwischen war Dr. Johans erschienen, er erklärte den Leuten, daß er Passagier sei, nach Litau befohlen wäre. Anschließend hat er in seinem Zimmer, wo er längere Zeit mit den Leuten verhandelte, dieselben auf Papiere ausgefertigt, denn sie verließen mit Papiere in der Hand die Bibliothek.

So wird also das traurige Doppelspiel, das seit vielen Monaten im Osten getrieben wird, ungeachtet aller Schwärze für das deutsche Volk zielbewußt fortgesetzt. Und man muß dabei nicht, was man mehr bewundern soll: die Unverfrorenheit, mit der die Regierung die tatsächlichen Vorgänge ausstreut, oder die gut gespülte Heuchelei, mit der sie vor der Deffentlichkeit immer wieder versichert, es sei ihr Bestreben, mit den Randvölkern im Osten in ein mögliches gutes Einvernehmen zu kommen.

Eine neue Blamage.

Von zuständiger Stelle erfahren die „B. N. V.“: Im Juli war das deutsche Gouvernement im Baltikum zur Annahme des Räumungsplanes von Ruhland und Lettland aufgefordert worden. Der englische General Gough meldet jetzt seiner Regierung, daß General von der Weich Kuslände mache und dem Räumungsplan der Entente nicht mit der erwünschten Schnelligkeit nachkomme. Infolgedessen wird verlangt, daß General von der Weich unverzüglich zurückberufen werde, daß der Abtransport der deutschen Truppen sofort auf dem Seewege zu erfolgen hat und die deutsche Behörde einen Plan vorlege, der bis zum 20. August die tatsächliche Ausführung der Räumung ermöglicht.

Der Ordnungskommissar des Ministers Dirck.

Am 8. August haben wir uns mit der Person des vom Ministerpräsidenten Dirck zum Preussischen Ordnungskommissar ernannten Geh. Regierungsrat v. Berger befaßt. In der „Preussischen Zeitung“ teilt nun Herr v. Gerlach noch einiges über diesen Beamten mit. Herr v. Berger ist ein hochfunktionsfähiger Mann, der erst der „Kreuzzeitung“ angehörte und dann der Preussische Ministerium des Innern übertrat. Während der Krieges hatte er die Aufgabe, die Presse im Sinne der „Kreuzzeitung“ vertretenen Auffassungen zu beeinflussen. Nach der Revolution schied Herr v. Berger im Einverständnis mit Zweifelsch und v. Gerlach, die gegen das Ministerium

einer Entschliessung Henderson zu, die verlangt, dass zu dieser Zeit mit dem Kongress im Februar auch eine Vereinigung von parlamentarischen Vertretern der Arbeiter- und Sozialistenparteien einberufen werden soll.

Streik der Eisenbahner in Liverpool.

Amsterdam, 5. August.
Laut „Telegraaf“ meldet die „Times“ aus Liverpool, dass in dem Streik der Polizisten eine Wendung eingetreten ist. Zahlreiche Streikende haben die Weisungen erlassen, sie wieder einzustellen, und erklärt, dass sie durch Einschränkung zum Streik gezwungen worden seien. Andererseits droht in Liverpool ein Streik des Eisenbahnerpersonals, der 20 000 Mitglieder des Eisenbahnerverbandes umfasse und zur Folge haben dürfte, dass Liverpool von der übrigen Welt vollkommen abgeschnitten würde. Der Straßenbahnverkehr in Liverpool liegt still. Das Dampfschiff „Ballant“ liegt dicht beim Zentrum der Stadt vor Anker. Während der Plünderungen wurden Klaviere aus den Häusern geschleppt und auf den Straßen getanzt.

London, 5. August. (Reuter.)
Auf einer Versammlung der Eisenbahner in Liverpool wurde die Entschliessung angenommen, den Vollzugsausschuss des Nationalen Verbandes der Eisenbahner anzusprechen, die streikenden Polizisten zu unterdrücken. Die Versammlung erklärte sich zugunsten der bierlichen Aktion im Falle, dass die Antwort des Vollzugsausschusses nicht befriedigend ausfallen sollte.

Der Liverpooler Polizeichef teilte gestern Abend mit, dass der Streik der Polizisten sich nicht weiter ausgedehnt hat.

Arbeiter aller Berufsgruppen beteiligt Euch in Massen an den heute Abend stattfindenden Versammlungen wegen des Wiederaufbaues

nalen Verbandes der Eisenbahner anzusprechen, die streikenden Polizisten zu unterdrücken. Die Versammlung erklärte sich zugunsten der bierlichen Aktion im Falle, dass die Antwort des Vollzugsausschusses nicht befriedigend ausfallen sollte.

60 000 Mann Militär in Liverpool.

London, 4. August. (Reuter.)
In Liverpool ist der Tag ruhig verlaufen. Im Westend sind ein Schlachtschiff und zwei Zerstörer angekommen, um die Funktionen und andere wichtige Punkte zu schützen. In der Stadt sind weitere 60 000 Mann Militär eingetroffen, und die Behörden hoffen, die Ordnung aufrechtzuerhalten zu können.

Zur Streikbewegung in der Schweiz.

Basel, 5. August. (Schweizerische Depesch-Agentur.)
Die Streiklage ist unverändert. Heute Nacht sind weitere Truppen angekommen.

Abbruch des Generallstreiks in Zürich.

Zürich, 4. August. (Schweizerische Depesch-Agentur.)
Eine weitere Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich hat mit 193 gegen 68 Stimmen beschlossen, den Generallstreik abzubrechen. Die Arbeit soll Dienstag Vormittag wieder aufgenommen werden.

Die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien.

Der „Telegraphen-Union“ wird mitgeteilt, dass es der deutschen Regierung trotz aller Versuche bisher nicht gelungen ist, von den Alliierten die Genehmigung für den Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen zu erhalten. Ebenso sind alle Versuche ergebnislos gewesen, die dahin zielten, eine deutsche Kommission nach Sibirien zu entsenden, um die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen zu ermitteln und ihnen unmittelbare Hilfe zu bringen. Für die deutschen Gefangenen in Sibirien werden monatlich 1 Million Mark aufgewendet. Ferner hat das Reichsfinanzministerium zur Verfertigung von Winterjachen einen weiteren Betrag von 12 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Damit soll nicht gesagt werden, dass mit einer weiteren Überwinterung der Gefangenen in Sibirien gerechnet wird, sondern die Maßnahme soll nur eine Vorstufe bedeuten.

Der Attentäter Auers verhaftet.

München, 5. August.
Aus Wien wird gemeldet: Der Schiffschwarz und Mörder Alois Binder, der unter dem Verdacht verfolgt wird, den Abgeordneten Osel und den Major Jachreih im bayerischen Landtag erschossen und den ehemaligen Staatsminister Auers schwer verletzt zu haben, ist am Abend des 4. August bei dem Überschreiten der Grenzen aus Ungarn in Sommerau verhaftet worden.

Binder, der bei der Festnahme einen Selbstmordversuch unternahm, ist geständig, auch auf den Abgeordneten Auers, in welchem er einen Gegenrevolutionär vermutete, einen Revolveranschlag abgefeuert zu haben. Er hat in den letzten Tagen in Budapest bei der roten Garde gedient. Nach dem Zusammenbruch der Räte-Regierung hielt er die Zeit für gekommen, sich in Sicherheit zu bringen.

Bei den beginnenden deutsch-polnischen Verhandlungen wird die alliierte Mission zugegen sein.

Die österreichische Antwort auf den Friedensgeheimvertrag wird der Friedenskonferenz am Mittwoch übergeben.

Die Diskussion der französischen Kammer über den Friedensvertrag soll erst nach einer kurzen Ferienpause, wahrscheinlich Ende August oder Anfang September, beginnen.

Die in Belgien und Nordfrankreich geraubten Maschinen, die jetzt zurückgeführt werden, sind in der letzten Zeit infolge schlechter Verpackung beschädigt angekommen. Die Abnehmer sollen noch einer offiziellen Mitteilung für den Schaden aufzukommen haben.

Die Versorgung der ober-schlesischen Industrie mit Kohlen wird, wie die Telegraphen-Union erfährt, in den nächsten Wochen eine weitere Besserung erfahren. Große Mengen Erz sind bereits nach Ober-schlesien unterwegs.

Der Ausbruch im Hafen von Le Havre ist beendet. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Praktische Gewerkschaftsarbeit der Rechtssozialisten.

Der Genosse Tost, Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes, schreibt uns folgendes:

In zwei Metallarbeiter-Versammlungen, zu der nur Mitglieder der S. P. D. Zutritt hatten, ist man weiblich über die deutsche Berliner Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hergezogen und zwar wurde ich als Bevollmächtigter verantwortlich gemacht, für alle Sorgen und Schmerzen, die diese Kollegen zur Zeit empfinden. Besonders glaubte der Referent, Kollege Wutschik, durch halboffene Behauptungen, für die er niemals den Beweis erbringen kann, die Ortsverwaltung zu verunglimpfen.

In der ersten Versammlung habe ich versucht, durchaus sachlich die Gegenstände zu behandeln. Es war mir dies unmöglich, da ich durch Zwischenfälle dauernd unterbrochen wurde. In der zweiten Versammlung konnte ich nicht anwesend sein, da ich außerhalb Berlins im Interesse meiner Organisation weilte. Aus dem Bericht habe ich allerdings ersehen, wie mit den widerwärtigsten Nebenarten und Verleumdungen die einzelnen Redner gegen uns operierten. Der Kollege Ramsbrock erklärte nach einer Reihe halboffener Behauptungen, dass wir unähnlich seien, eine Gewerkschaft zu sein. Es wäre uns angenehm, wenn Ramsbrock den Beweis für diese Behauptung erbringen könnte. Wir selbst sind der Meinung, dass nur tüchtige Kollegen an der Spitze der Berliner Metallarbeiter stehen dürfen. Wo haben wir z. B. erfolgreiche Streiks ins Werk gesetzt? Was ist ein erfolgreicher Streik in den Eisenwerken den unsere Kollegen dort geführt haben? Diese Meinung zeigt deutlich, dass Ramsbrock und den ihm Gleichgesinnten jegliches Gefühl für gewerkschaftliche Solidarität abgeht. Beim Streikstreik sind die Vertrauensleute unserer Organisation gemahnt worden. Das war ein Schlag gegen die Organisation selbst. Hier war es Pflicht der Bevollmächtigten, diesen Schlag abzuwehren. Gemündete Kollegen der Eisenwerke, gleichwohl welcher Partei sie angehören, waren sich einig in dieser Frage. Da durfte und konnte die Verwaltung des D. M. V. nicht anders handeln. Jeder andere Gewerkschaftsführer hätte so entscheiden müssen. Entweder kennt Ramsbrock den Sachverhalt nicht, dann müsste er schweigen und nicht verleumden, oder er hat nicht die Fähigkeit, entgegen zu können, welche große Gefahr der Organisation hier drohte, wenn die Firma Siemens ihre Ziele durchgesetzt hätte. Beides ist gleich schlimm. Der Kollege Ramsbrock hat die Wahl.

Ram zu einer anderen Größe der Rechtssozialisten, den Kollegen Busch. Dieser billigt mir den guten Willen zu. Seiner Ansicht nach habe ich allerdings nicht die Fähigkeit, praktische gewerkschaftliche Arbeit zu leisten, da ich ja nicht der Beauftragte der Berliner Metallarbeiter, sondern der Beauftragte der Partei, der Partei und Lohn sei. Solange Wutschik nicht den Beweis für seine Behauptungen antritt, mich zu überzeugen, dass er elendischer Mensch ist, dann gibt es in der Organisation einen Weg, wo auch Wutschik nicht ausweichen kann. Er wird bekennen müssen.

Aus diesem Treiben geht klar hervor, dass der Wunsch der Partei der Gedanke ist. Schon bei unserer Wahl wurde von dieser Seite behauptet, dass wir in einigen Wochen erledigt sein. Jetzt gibt der Kollege Ramsbrock und schon eine Frist von achtzehn Monaten. Die Entscheidung, wie lange wir als Bevollmächtigte bleiben sollen, haben nicht Ramsbrock, Wutschik und die der S. P. D. angehörenden Kollegen, sondern die Berliner Metallarbeiter und zuletzt wohl auch ein klein wenig wir selbst. Es können Verhältnisse eintreten, die uns zwingen, unseren Posten zu verlassen, ohne dass wir das Vertrauen unserer Kollegen verlieren. Damit müssen sich die von einem ungesunden Ehrgeiz geleiteten Quereiber innerhalb unserer Organisation schon abstellen. Wir erheben keinen Anspruch darauf, unsere jetzige Stellung auch nur einen Tag länger zu bekleiden, als es unsere Überzeugung und die Verhältnisse dieses Landes erlauben. Wenn auch bekannt sein, dass wir unser Leben nicht bedrohen, sondern dessen Funktionen übernehmen, als derselbe freiwillig ging.

Hiermit könnte diese Angelegenheit für uns erledigt sein, wenn das Treiben dieser Kollegen nicht schädigend für die Organisation wäre. Der Gipfel der Verleumdung wird damit erreicht, dass ein Redner — den Namen hat man wohlweilich nicht genannt — erklärte, „der frühere langjährige beauftragte Kassierer Hennig habe geschädigt, weil er die Schweineerei, die jetzt im Verbandsbureau herrsche, nicht mehr mit ansehen könne.“ Am Freitag, den 1. August d. J., war Hennig in unserem Bureau. Der Bericht des „Vorwärts“ wurde ihm vorgelesen. Hennig erklärte darauf in Gegenwart mehrerer Zeugen, dass er seinen Worten verfallen habe, da er die lange Arbeitszeit nicht mitmachen wollte. Das trifft zu. Vom frühen Morgen bis in die späte Nacht haben die Bevollmächtigten, die Kassierer, sowie die übrigen Verwaltungsmittelglieder zu tun, um die durch das gewaltige Anwachsen der Organisation auf sie eindringende Arbeit erledigen zu können. Wenn da jemand nicht mitmachen will, ist es seine Angelegenheit. Wo ist da die Schweineerei in der Verwaltung? Hoffentlich hat der ungenannte Verleumder den Mut, sich zu äußern.

Wutschik, Ramsbrock und so mancher andere Kollege sind selbst daran schuld, wenn die Berliner Metallarbeiter kein Vertrauen zu ihnen haben. Dieses werden sie auch nicht wiedergewinnen, solange dieselben auf diesem Wege fortgeritten. Wollten diese Kollegen wirklich bessernd in die ihre Meinung nach zerstörten Verbandsverhältnisse eingreifen, so kennen sie den Weg. In Betriebs-, Branchen- und Generalversammlungen können die Kollegen für ihre Überzeugung eintreten. Dazu fehlt es schenbar an der notwendigen Überzeugungstreue. Ein Antrag an die Generalversammlung ist bis jetzt von diesen Kollegen nicht eingelaufen. Verschreiten die Kollegen den durch das Statut vorgeschriebenen Weg nicht, so lege ich ihnen in aller Offenheit: Sie wollen die Gefährlichkeit dieses Treibens nicht gefährden. Bei der Gefährlichkeit dieses Treibens muß die Verwaltung mit allen notdürftigen Mitteln im Interesse unserer Organisation eingreifen.

Lächerlich ist es, wenn diese Kollegen von Terror sprechen. Es hat eine Zeit gegeben, wo, wenn wir keine Freunde und ich so gehandelt wie Wutschik, Ramsbrock und Genossen, man uns aus der Organisation entfernt hätte. Die Verwaltung kann und darf den der S. P. D. angehörenden Kollegen nicht Sonderrechte zubilligen. Sie können und sollen nicht anders behandelt werden, wie es durch das Statut vorgegeben ist. Alle Metallarbeiter Berlins haben in der gegenwärtigen Zeit mehr denn jemals alle Veranlassung, in voller Gefährlichkeit zusammenzutreten. Dafür zu sorgen, ist Pflicht jedes organisierten Kollegen.

Wenn man hat, aus seinem Amt aus, weil er selbst wissen, dass keine Bestimmung mit den Auffassungen der Revolutionäre nicht übereinstimmte. Er ging zunächst auf Island, kehrte aber nach einigen Monaten zurück und sollte dann nach Veranlassung von Verlags mit Hirsch einen unpolitischen Posten bekommen. Kurz vor dem Ausscheiden des Herrn v. Verlags aus dem Ministerium wurde ihm jedoch die Leitung der Nachrichtenabteilung im Staatsministerium übertragen. Verlags schloß seine Beziehungen mit folgenden zutreffenden Feststellungen:

„Kunze ist er mit einem noch viel wichtigeren Amt betraut worden. Er ist Leiter des Staatskommissariats für die Überwachung der öffentlichen Ordnung geworden. Er hat also den wichtigsten und einflussreichsten amtlich-politischen Posten erhalten, den es in Preußen überhaupt gibt. Er ist sozusagen die beständige Zentralperson für Verlags geworden. Wäre er unter einem Ministerium Posten-Talwirth-Loebell gewesen, so würde man eine solche Bekanntschaft durchaus sachgemäß finden. Unter einem überwiegend sozialdemokratischen Ministerium müßte man sich eigentlich darüber wundern, wenn man sich nicht nachgerade in dem nachrevolutionären Preußen das Wundern abgelehnt hätte.“

Die Lage in Polen.

Der „Vorwärts“ und neben ihm die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringen Nachrichten aus den von den Polen besetzten Gebieten, wonach es dort zu blutigen Revolten gekommen sei. Ganze Kompanien und Bataillone hätten den polnischen Soldaten und ihre Offiziere mißhandelt; im Warschauer bei Posen seien sogar Offiziere erschossen oder schwer verwundet worden. Es soll sich hierbei zum größten Teil um frühere Angehörige der preussischen Armee handeln. Als Grund für diese Verbrechen wird angegeben, daß die Soldaten unzufrieden seien mit der Behandlung, die ganz den Methoden ähnlichen, die früher in Preußen üblich waren. Adel und Weiskheit seien Trümpf. Selbst aber nach schlimmer sollen die Zustände in Kongress-Polen sein. Aus Oberschlesien teilt der „Vorwärts“ mit, daß die dortige Bevölkerung von großpolnischen Agitatoren aufgepuscht und mit Beschuldigungen bedacht würde, die gar nicht innegehalten werden könnten. In Warschau wisse man genau, wie die Dinge in den ehemaligen preussischen Gebieten lägen, deshalb wolle man ihnen Klugheit gemessen.

Man wird gut tun, die Meldungen von dieser Art mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen. Die nationalpolitischen Kreise haben Interesse daran, die Zustände in den ehemals deutschen Gebieten als möglichst schlecht hinzustellen. Die Grenzen nach Polen sind vollständig noch gesperrt, deshalb kann auch einwandfrei nicht festgestellt werden, wie in Wirklichkeit sich die Lage dort gestaltet hat.

Die Gedenkfeier für Jaurès in Paris.

Die Vorläufer sozialistischen Blätter berichten über den würdigen Verlauf einer Feier, die am 31. Juli im Trocadero, einem der größten Pariser Säle, stattfand, zu Ehren des fünften Todestages von Jean Jaurès und gleichzeitig zu Ehren der 14 Millionen Toten aller Länder, die der Krieg gemordet hat. Tausende von Arbeitern nahmen an der Feier teil. „Der große Sozialist“, so schreibt der „Populaire“, „hätte sich für diesen einen Abend in einen Tempel verwandelt, in dem alle Seelen eins wurden, und in dem von allen Seiten der Gedanke der Erinnerung zu dem großen unsterblichen und doch gegenwärtigen Bilde Jaurès, das die ungeheure Menge der anderen Opfer versinnbildlichte, aufstieg.“

Die ersten Intertreten der Kunst hatten sich vereinigt, um durch Musik und Deklamation das Fest zu verherrlichen. Leider ereignete sich ein kleiner Zwischenfall, denn als nach einer wunderbaren Ansprache Marcel Cachin auch Marcel Sembat einige Worte über Jaurès sprechen wollte, da ließ die Menge nicht zu, daß dieser ehemalige Minister, Freund Bolshewik und Nationalsozialist zu Ehren des großen sozialistischen Märtyrers sprechen dürfe. Glücklicherweise ließen die darauf zum Vortrag gebrachten „Symphonie der Frieden“, die „Symphonie der Völker“ und die durch Albert Lomon auf der Orgel gespielte „Internationale“ den Zwischenfall bald vergessen.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Ruzern, 4. August. (Schweizerische Depesch-Agentur.)
Die zur Beratung der allgemeinen internationalen Politik von der Internationalen Sozialistenkonferenz ernannte erste Kommission besprach zunächst die Lage der Kriegsgefangenen. Der deutsche Rechtssozialist Wels gab eine ausführliche Darstellung der Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und besagte, daß darüber, daß deren Lage sich mit dem Waffenstillstand verbessert habe. Er bot die französischen Sozialisten, alles zu tun, um die Rückkehr der Gefangenen zu beschleunigen, und das zu fordern, daß ihr Los erleichtert werde, sobald einmal der Friedensvertrag ratifiziert sei und sie als freie Arbeiter bei den Wiederherstellungarbeiten in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs tätig seien. Wels sprach auch von den russischen Gefangenen, die sich noch in Deutschland befinden, und betonte, daß es die Entente sei, die Deutschland verhindere, die Gefangenen nach Rußland zurückzuführen zu lassen. Man müsse sogar bedenken, daß die Entente die Gefangenen den reaktionären Organisationen in dieser Hinsicht als Mittel zur Verfügung stellen wolle. In längerer Aussprache, an der Vertreter fast aller anwesenden Nationen teilnahmen, brachten die französischen Sozialisten Resolutionen und Vorschläge zum Ausdruck, daß die französischen Sozialisten in dieser Hinsicht alles tun würden, was in ihrer Macht liege. Es wurde schließlich eine Unterkommission ernannt, die die Lage der Kriegsgefangenen in den verschiedenen Ländern untersuchen und der Vollversammlung eine Entschliessung unterbreiten soll.

Die erste Kommission ernannte einen siebenköpfigen Ausschuss, der eine Entschliessung betreffend den Friedensvertrag, den Waffenstillstand und alle damit zusammenhängenden Fragen ausarbeiten soll.

Darauf wurde die große Debatte über die Stellungnahme der Internationalen zur Revolution und der Methode des Bolschewismus fortgesetzt. In ausbrechenden Nebenreden sprachen Dillier, deutscher Unabhängiger, Wels, deutscher Rechtssozialist, Edward Bernstein und Vandervelde, Belgien, ihre Ansichten aus. Die Kommission wird in einer nächsten Sitzung die Debatte zu Ende führen.

Die zweite Kommission, die sich mit dem Wiederaufbau der Internationalen zu beschäftigen hat, nahm eine Erklärung über die wesentlichen an, genehmigte die neuen Statuten, die dem großen Kongress im Februar unterbreitet werden sollen, und stimmte

Die Freie Welt

Heft 12

gelangt heute zur Ausgabe!

Verbandsstag der Buchbinder.

Würzburg, 3. August.

Siebenter Tag.

Die Sonntagssitzung brachte eine längere Debatte über die Beitrags- und Unterstützungsrichtlinien. Die Unterstützungsbeiträge, außer bei Streiks, sollen bis auf weiteres beibehalten werden. Die Beiträge wurden wie folgt festgelegt: Klasse 1 40 Pf., Klasse 2 60 Pf., Klasse 3 70 Pf., Klasse 4 1 R., Klasse 5 1,50 R. pro Woche, gegen die alten Sätze von 80, 40, 50, 70 und 110 Pf. in der 5. Klasse. Auch die Zugehörigkeit der weiblichen Mitglieder zu den verschiedenen Beitragsklassen richtet sich nach dem Verdienst. Die Vorlage wurde schließlich auf Antrag der Kommission dem Verbandsvorstand als Material überwiesen, da ein neuer Aufbau der gesamten Beitrags- und Unterstützungs-Einrichtung erfolgen mußte.

Der Name des Verbandes wurde folgendermaßen geändert: Verband der Buchbinder, Ledergerber, Buchbindere, Papierer und Verarbeitungs-Industrie Deutschlands. Anlaß einer längeren Debatte gab der Antrag, in den Satzungen festzusetzen, daß als Zweck des Verbandes die Erzielung möglichst hoher Löhne und Arbeitsbedingungen auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes zu gelten habe. Der Antrag wurde mit 51 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Lebhafte Auseinandersetzungen liefen ferner die „Anträge über Verwaltung des Verbandes und Wahl der Angestellten“ hervor. Ein beschlossenes Vorstandsmitglied wandte sich dagegen, daß man in Berlin, entgegen dem Verbandsstatut, den Bevollmächtigten gewählt habe und die Tätigkeit der Angestellten selbständig regeln wolle. Th. H. Heim-Weißer führte aus: Die Angestellten sollten Vertrauensleute der Mitglieder sein, daher sei die Wahl durch die Mitglieder erforderlich. Sonst würde es bezügliche Funktionen geben, die gegen den Willen der Mehrheit regieren. Die sich so sehr über die Diktatur des Proletariats entzweiten, wollen hier anscheinend den Diktator spielen. Alljährliche Wahlen der Angestellten sei notwendig. Herzog, Berlin: Die Berliner wollen kein Reservatrecht, sie wollen aber unbedingt die Selbstständigkeit der Angestellten. Der Abweisung der diesbezüglichen Anträge würde sich Berlin nicht fügen. Darauf wurde die Generaldiskussion geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Zum Streit im Versicherungsgewerbe.

Ueber die Ursachen des Streiks in den Provisionagenturen wird und geschrieben:

Die Verhandlungen, die zwecks Anerkennung des Reichsversicherungsvertrages der Versicherungsbranche auch für die in den Provision-Generalagenturen beschäftigten Versicherungsangestellten von Seiten der faktellierten Verbände mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsvertreter vom 10. bis 10. Juni d. J. als unüberwindliche Ausrede geführt waren, hatten zu einem für die Angestellten unannehmbaren Ergebnis geführt, das von der Angestelltenversammlung abgelehnt wurde. Es wurde das Gleichberechtigung mit den Angestellten der direkten Generalagenturen durch die Annahme des Reichstaxtarifs gefordert. Bisher waren die Provisiongeneralagenturen ihrer am 24. Juni eingegangenen Verpflichtung, bis 14. Juli gemeinsam mit den Angestellten die minderleistungsfähigen Betriebe nachzuweisen, unter Verstoß gegen die Reichstaxtarif-Gesetze, nicht nachgekommen. Vielmehr haben sie willkürlich ohne vorherige Verständigung mit den Angestelltenorganisationen ihrer Generalversammlung am 13. Juli einen anderen gearteten Beschluß unterbreitet. Es drohte daher bereits am 15. Juli der Konflikt auszubrechen. Das Entgegenkommen der Angestelltenverbände ermöglichte jedoch am 15. Juli neue Verhandlungen, die zu einem vorläufigen Abkommen führten. Das Organ der Provision-Generalagenturen selbst, die „Bundeszeitung“, schreibt über dieses Abkommen vom 15. Juli: Da die Generalagenturen diesmal wenigstens zu einem festen Abkommen mit den Angestellten gelangen wollten, wurden schließlich nachstehend protokolliert festgelegt: Die Abmachungen, die im wesentlichen die Ausdehnung des Reichstaxtarifs auf die Provision-Generalagenturbetriebe betrafen, sollten von der Vertreterversammlung der Generalagenturen bis 28. Juli angenommen sein. Entgegen dem Abkommen begannen auf Anordnung ihres Verbandes die Provision-Generalagenturen heimlich wider Treu und Glauben vor dem 28. Juli einzelne Auseinandersetzungen mit ihren Angestellten, bedrohten durch Aneinanderreihen durch Anbahnung von Abfindungssummen zum Abgeben vom Reichstaxtarif zu veranlassen. Die Not der Leute ist so groß, wenn sie nur Geld sehen, dann tun sie alles, was die räuberische gährende Anbahnung der Provision-Generalagenturen-Vertreter. Eine weitere Verhandlung wurde den Angestelltenvereinigungen unmöglich gemacht. Die ernstesten Angestellten wollen keine Forderungen, fordern den vollen Reichstaxtarif gleich den übrigen Berufscollegen. Somit ist der Streik der Provision-Generalagenturen-Angestellten im ganzen deutschen Reich seit Montag, 4. August, im Gange.

In den Sophienhöfen tagte am Montag eine Versammlung der Ausschussmitglieder und Vertrauensleute familiärer Versicherungsbetriebe. Diese nahm u. a. Stellung zum Streit in den Provision-Generalagenturbetrieben. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde jede Streikarbeit abgelehnt, den Streikenden sollte Sympathie ausgesprochen und ihnen jede Unterstützung zuerkannt.

Solidarität von Hand- und Kopfarbeitern im Dea-Konzern.

Eine am Sonntag im „Heidelberger“ tagende Delegiertenversammlung sämtlicher Angestellten- und Arbeitervereinigungen des Konzerns der Deutschen Erdöl-Aktiengesellschaft Deutschlands hat einen engeren Zusammenschluß dadurch vollzogen, daß eine Arbeitsgemeinschaft, welche aus je einem Vertreter der einzelnen Betriebsvereinigungen zusammengesetzt ist, gebildet wurde. Ein aus Berliner Arbeitern und Angestellten gewählter Aktionsausschuss soll in Zukunft gemeinsamen Kämpfen für ähnliche Konzernbetriebe bei der Generaldirektion, Berlin, vertreten.

An die Angestellten und Arbeiter des chemischen Großhandels.

Wir ersuchen familiäre Angestellten und Arbeiter, sich heute früh um 9 Uhr in den Sophienhöfen, Sophienstraße 17/19, Großer Saal, einzufinden, um einen Situationsbericht über die Ereignisse entgegenzunehmen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Deutscher Transportarbeiterverband.

Die Arbeiterschaft der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke nahm in einer Vollversammlung am Sonntag Stellung zu dem gefällten Schiedspruch des Zentralausschusses. Nach Entgegennahme des Berichtes entspann sich eine lebhaft diskutierte über die Forderung der gewünschten Uebergangsbeihilfen. Kollege 541

empfahl, die Regelung der Uebergangsbeihilfen derart zu beantragen, daß da zur Zeit bestehende Gewerbeversicherungsabkommen zugrunde gelegt und auf Gruppe 1 und 4 10 R. f. Gruppe 2 und 3 14 R. f. Beihilfe gezahlt wird. Sämtliche Diskussionsredner befürworteten diesen Schiedspruch, weil darin gerade die minderbezahlten Arbeiter etwas besser bezahlt und daher einer besseren Lohnregelung näher gerückt würden. Die Abstimmung ergab mit der von Riebing beantragten und von Sell befürworteten Grundregelung des Gewerbeversicherungsabkommens, die Annahme des Schiedspruches gegen zwei Stimmen.

Die Beitragsrückzahlung im Metallarbeiterverband beschlossen. Die von der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes vorgenommene Urabstimmung über die Beitragsrückzahlung hat folgendes Resultat ergeben: Abgegebene Stimmen 81 014, für die Beitragsrückzahlung 50 993, gegen die Beitragsrückzahlung 24 021 Stimmen.

Groß-Berlin.

Schleichhandel und Landespolizeiamt.

Durch die Presse geht eine Notiz, die die irrtümliche Meinung erwecken kann, als ob der Vollzugsrat dem Landespolizeiamt zur Bekämpfung des Schleichhandels Hilfskräfte zur Verfügung stelle. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Der Vollzugsrat hat es vielmehr abgelehnt, als Stellenvermittler für Polizeibüchler zu fungieren. Die Hilfskräfte des Landespolizeiamtes sollten mit einem Tagelohn von 16 R., nach neuen Verhandlungen mit 20 R. eingestellt werden. Irgendwelche Nachvollkommenheiten sollten sie nicht erhalten. Sie hätten lediglich als Prügelknaben für die unzulässige Aktion gegen den Schleichhandel herhalten müssen, damit man jagen könnte, auch mit Hilfe der Arbeiter sei es nicht möglich, den Schleichhandel zu bekämpfen. Unter diesen Umständen wurde eine Beteiligung vom Vollzugsrat abgelehnt. Wenn die gelben Vollzugsratsmitglieder, die dem rechtmäßigen Vollzugsrat angehört haben, sich jetzt dem Landespolizeiamt zur Verfügung stellen, so tun sie das nicht als Beauftragte der Mehrheit der Groß-Berliner Arbeiter. Der rechtmäßige Vollzugsrat von Groß-Berlin hat damit nichts zu tun. Dagegen beteiligt er sich an den Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin, weil es dort einigermassen möglich ist, tatkräftig einzugreifen.

Der kommunale Ausschuss des Vollzugsrats Groß-Berlin. In den Heften 23.

Betriebsfunktionäre und Arbeiterräte der Betriebe und Kommunen?

In dringenden Fällen, in denen eine Beschlagnahme rationierter Lebensmittel erforderlich erscheint, ersucht der Vollzugsrat Groß-Berlin, sich sofort an den kommunalen Ausschuss des Vollzugsrats zu wenden, der unterzüglich eingreift. Ebenso fordern wir die kommunalen Arbeiterräte auf, die Karten und Marken für den Wahl- und Propagandafonds abzuholen, soweit es bis jetzt noch nicht geschehen ist. Die Abrechnung muß jeden Sonnabend erfolgen.

Der Vollzugsrat Groß-Berlin. In den Heften 23.

Die Fischpreise steigen.

Die von vielen Seiten ausgesprochene Befürchtung, daß eine Monopolisierung des Fischgeschäftes und das gewaltsame Untertreiben der Auslandszufuhren zu einer Preissteigerung führen würde, hat sich schneller erfüllt, als man erwarten konnte. Während bisher frische Seefische von ausgezeichneter Beschaffenheit zu immerhin ansehnlichen Preisen in Berlin zu haben waren, sind seit der Freigabe der See- und Binnenfischerei die Preise in kaum glaublicher Weise in die Höhe geschnitten. In den großen Fischhaken der Nordsee wurden heute auf den Auktionen folgende Preise verlangt und geboten: Schellfisch, Ware 1 70 Pf., Ware 11 60 Pf., Ware 111 1 R., Kabeljau 1,15 R., Merlan 1,40 R., Steinbutt 5,40 R. Diese Preise wurden auf den Auktionen in den Häfen gezahlt, verhandelt sich also ab Schiff. Es kommen nun aber pro Pfund 15 Pf. Verpachtung, 15 Pf. Transportkosten und mindestens 20 Pf. Verdienst für den Kleinhändler am Verkaufsort hinzu. Während man also bisher in Berlin einen Schellfisch von guter Qualität für 80 Pf. kaufte, kostet derselbe Fisch jetzt 1,50 bis 1,40 R. Entsprechend steigen die Preise für andere Seefische.

Der Grund für dieses erstaunliche Anziehen der Preise liegt nicht etwa daran, daß die Fänge schlecht waren, denn in Großemünde wurden beispielsweise am gestrigen Dienstag 40 Gesteine Ladungen im Gesamtgewicht von 6000 Zentnern an Land gebracht. Vielmehr muß man die Preissteigerung in dem Umfange suchen, daß die Kreeber, denen die Regierung jetzt zugelegt hat, daß sie unter Klasse 1 der mit Kohlen zu beliefernden Unternehmungen fänden, das Monopol, das sich ihnen durch Absperrung der ausländischen Seefische bietet, gründlich auszunutzen. Es ist nicht einzusehen, daß die Fischereigesellschaften, die bisher dem Reichsbrandungsministerium bei gleichen Aufwänden 65 Pfennig für das Pfund Seefische erzielten, plötzlich nicht unter einer Mark pro Pfund liefern können. Bemerkenswert ist ferner, daß die Kleinhändler sich zu Organisationen zusammengeschlossen haben und nun, nachdem die ministeriellen Verteilungs- und Preisbeschränkungen gefallen sind, sich gegenseitig beim Kauf überbieten. Hier ist ein schnelles, energieloses Eingreifen des Kommissars für die Fischerteilung, insbesondere durch Erwirkung der Einfuhrverwehre aus Holland und Dänemark, dringend geboten.

Aufklärung des Raubmordversuches an dem türkischen Juwelenhändler Leon.

Der Raubüberfall auf den türkischen Juwelenhändler Leon, bei dem dem Räuber 120 000 Mark bares G. d. in die Hände gefallen waren, ist durch die umfassenden Ermittlungen des Kriminalkommissar Segnerdt bereits restlos aufzuklären. Es ist gelungen, die drei Räuber, den 28 Jahre alten aus Konstantinopel gebürtigen, türkischen Oberleutnant Edis Schükel, dessen Verwandten, den 29 Jahre alten Kaufmann Mehmed Schükel und den türkischen Kommissar Rüdiger in drei verschiedenen Städten, in Hof in Bayern, in Mannheim und in Hamburg ausfindig zu machen und festzunehmen.

Ihr erster Plan, den Juwelenhändler Leon nach einem Gehäus zu locken, dort ihm das Geld abzunehmen und zu verschwinden, schlug fehl. Leon wurde durch Raub nach dem Hause Kronprinzstraße 5 zum Juwelenhändler bestellt. Er ging auch hin, gab aber das Geld nicht aus der Hand und so zerstückelt sich das „Geschäft“. Jetzt beschlossen die Türken, ihren Landsmann zu ermorden und zu bezaubern. Oberleutnant Schükel meinte zu

diesem Zweck die möblierte Wohnung eines Kaufmanns in der Essener Straße. Dortin luden nun die Verbrecher den Juwelenhändler, warfen ihm, als er sich bückte, um einen Koffer, der die Schmuckstücke enthalten sollte, zu öffnen, eine bereitgehaltene Säge um den Hals und versuchten ihn zu erwürgen. Als dieses nicht gelang, warfen sie ihn in die Paderwanne in der Allee, ihn zu ertränken. Als Leon aber jubelnd Rufen machte, ließen sie ihn, nachdem sie ihm die Brieftasche mit 120 000 Mark geraubt hatten, gefesselt liegen und eilten davon.

Bei den festgenommenen Räubern wurden noch 60 000 R. gefunden.

Die Speiseverfälschungen auf dem Himmelsbörger Güterbahnhof haben bereits eine weitere Aufklärung erfahren. Man forschte nach den Inhabern der Waggon, da selbstverständlich so gewichtige Mengen von Fleischwaren, die für die Berliner einen Wert von rund 300 000 R. besitzen, nur einem Konfiktur zu gebühren konnten. Es gelang schließlich, die Fleischwaren zu entdecken und die Polizei stellte fest, daß die vier Waggon an die Disconto-Gesellschaft in Berlin abgesetzt waren. Dort eingeleitete Nachforschungen verblieben resultatlos, da die Direction erklärte, daß irgend jemand den Namen der Partei wahrscheinlich mißbraucht habe. Als Abnehmer dieser Waren wurde die Lebensmittel-Gesellschaft Raden in Herford festgestellt, deren Geschäftsteilung teils in Aletta, teils in Dortmund sich befindet. Die Leiter des Unternehmens sind die Kaufleute Julius Hermann und Hermann in Dortmund, Ulenkamp und Director Raden in Dortmund, sowie ein Offizier namens Pleurke in Dortmund. Die Firma, deren Viehspeisen den Stempel Aletta tragen, offerierte großen Firmen und Kommunen ihre Lebensmittel und erklärt in dieser Aletta, daß sie insbesondere für 60 Millionen Mark Speck und Schmalz zu liefern.

Lebensmittellisten.

Berlin, In den Bezirken der 91., 92., 94., 95., 106., 100., 111., 171., 202., 213. und 227. Brotkommission pro Kopf 350 Gramm Rogg. In der Woche vom Montag, den 11. August, bis Sonntag, den 17. August 1919, wird neben der üblichen Wochenportion von 40 Gramm Butter und 50 Gramm Margarine eine weitere Margarineportion von 50 Gramm pro Kopf der Bevölkerung verteilt. Ferner findet eine Ausgabe von 125 Gramm Schweineschmalz aus eigenen Vorkäufen der Poststelle Groß-Berlin im australischen Auslande statt.

Pankow, Von Donnerstag ab an Stelle von Frischfleisch amtliche handliche Speckwaren. Die Wochenportion beträgt 250 Gramm.

Beltschen, 250 Gramm amerikanische Speckwaren. 500 Gramm Teigwaren (50).

Aus den Organisationen.

Mit Rücksicht auf den engherzigen Raum unseres Blattes, können an dieser Stelle nur Veranstaltungen allgemeineren Charakters bekanntgegeben werden. Anzeigen von Sitzungen der Verbände, Ausschüsse und ähnlicher Körperschaften zu veröffentlichen, müssen wir in Zukunft absehen. Die Redaktion.

Kreis Niederbarnim. Für die Ermahnungen zum Niederbarnimer Kreistag für den 6. Bezirk am Sonntag, den 10. August, sind Blätter verteilt und Flugblätter vom Donnerstag, den 7. nachmittags 4 Uhr, ab im Kreisbureau Neue Bahnhofstraße 31, in Uckermark, in Empfang zu nehmen.

Pankow. Am Donnerstag wichtige Flugblattverteilung. Das Material nehmen die Gruppenleiter bei Schwert, Wühlentstraße, Ecke Regimillanstraße, in Empfang.

Wahlort. Mittwoch abend 1/2 8 Uhr Vorstandssitzung bei Müller, Restaurant Behmstraße, Berliner Chaussee.

Friedrichshagen-Karlshof. Mittwoch abend 8 Uhr in der Aula des Lyceum, Trochow-Riese 44, öffentliche Versammlung.

Hermdorf - Waldmühlau. Donnerstag abend 8 Uhr im Restaurant „Bergschloß“ öffentliche Versammlung. Thema: Verlagerungszustand und Sachschlichtung (Herr Schrodde, Pankow). Mittwoch abend 7 Uhr Handzettelerteilung. Treffpunkt der Genossen im Schmalzhaus. Die Hermdorfer Genossen treffen sich zur Handzettelerteilung bei Hermann, Wühlentstraße, abends 6 Uhr.

Vorligow. Mittwoch abend 8 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Stellen aus; für Vorligow abend 8 Uhr Schul-, Schubaritz, 28. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr bei Oberh. Wittenau, Uckermark Straße, gemeinsame Mitgliederversammlung. Beiricht der Arbeiterräte. Mitgliederbuch legitimiert.

Karlshof. Bescheid Mittwoch abend 8 Uhr bei Gerich. Vorstandssitzung 1/2 Stunde früher.

Tellow. Donnerstag, den 7. August, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung in Stechtz Gesellschaftshaus. Genosse Paters spricht über die politische Lage.

Uckermark. Die Bibliothek der U. S. P. D. wird wegen Renovierungsarbeiten auf kurze Zeit geschlossen. Wir ersuchen, die ausgeliehenen Bücher am Donnerstag, abends zwischen 6 und 7 Uhr, zurückzubringen.

Beltschen. Donnerstag abend 6 Uhr von den bekannten Lokalen aus Flugblattverteilung.

Karlshof. Donnerstag abend 7 Uhr Sitzung des engeren Vorstandes bei Pieper, Bergstraße.

Bereinstalender.

Maschinen- und Feilen-Verband. Am Sonntag, den 10. August, vormittags 9 Uhr, Charlottenburg, Rosinenstraße, Balkhaus, Versammlung familiärer im Siemenskonzern beschäftigter Kollegen.

Friedrichshagen, Charlottenburg: Heute 7 1/2 Uhr, Volkshaus, Rosinenstraße.

Friedrichshagen, Charlottenburg: Heute 7 1/2 Uhr, Gärten, Ledeborstraße 122.

Friedrichshagen, Charlottenburg: Heute 7 1/2 Uhr, bei Troshaska, Pöblichstr. 143.

Sozialer Arbeitsgemeinschaft der unteren Beamten. Mitglieder-Versammlung der unteren Beamten aller Berufsstellungen Mittwoch abend 7 1/2 Uhr in den Germania-Prozessh. Chausseestraße 110.

Deutscher Buchbinder-Verband. Donnerstag nachmittags 5 Uhr im Malcher-Vereinshaus, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, Brandenburgerstraße 110, alle in den chronolithographischen Anstalten und Photolithographischen Anstalten des Buchbinder-, Fabrikarbeiter- u. Transportarbeiter-Verband angehörigen Mitglieder. Unsere Tarifforderungen an die Arbeitgeber und Wahl einer Tarifkommission.

Arbeiter-Samaritaner-Bund, Bezirk Westen, Abt. Schneberg, Charlottenburg: Donnerstag abend pünktlich 7 1/2 Uhr Tagung in der Tu. Halle, Schneberg, Eisenacher- und Frankfurterstraße Ecke. Offene einmündigen freien Zutritt.

Sozialistische Studentenpartei Berlin. Mittwoch 8 Uhr, Viktorienstraße 35, Diskussionsabend. Thema: 1. Die Entlohnung des Arbeitnehmers. 2. Von den Sozialpolitikern der nordischen Länder.

Jugendl. Betriebs-Vertrauensleute und Schülerräte der Fach- und Fortbildungshulen. Donnerstag abend 1/2 8 Uhr Vollerfassung im Jugendsekretariat.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten. Gruppe Deutsch-Oesterreich. Donnerstag 7 1/2 Uhr, Weinmeisterstr. 16/17, Mitglieder-Versammlung.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten, Charlottenburg. Mittwoch abend 6 Uhr im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstraße 3, Vertreterversammlung.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten, Bezirk Süd-West. Mittwoch abend 8 Uhr in der Fagengasse-Ordnung, Pöblichstr. 2/3, wichtige Mitgliederversammlung. Kusweise sind mitzubringen.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Epenida. Am Donnerstag, den 7. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Blücherpark“, Müggelheimer Straße, Generalversammlung.

Arbeiter-Schwimmverein Neuhöll. Donnerstag abend 8 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Krieger, Reuterstraße, Vereinslokal.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wiesel, Neuhöll. Verlagsverlagsgesellschaft „Freiheit“, S. O. M. d. B. Berlin. - Druck des Verlagsverlagsgesellschaft m. B. O. Schiffbauerdamm 14.

